

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

13 (13.1.1933) Das Grüselhorn

„Grüfelhorn“

BEILAGE DES „FÜHRER“ FÜR DEN KREIS LAHR

Wo bleibt der Gemeinnutz?

Grafenhäusen. Unserer Ankündigung in der letzten Nummer des Grüfelhorn wollen wir nunmehr gerecht werden und nachfolgend die wichtigsten Teile unserer Anträge und unseres Schriftverkehrs mit der Gemeindeverwaltung zur Aufklärung unserer Leser zum Ausdruck bringen.

Nicht aus Neid, sondern aus Sorge um das Wohl unserer Gemeinde, wollten wir lt. unserem Antrag Nr. 2 v. 10. 12. 30 zunächst einmal wissen, wie hoch die Gehälter der Gemeindebeamten seien. Damit wir einen Maßstab, wenigstens einen ungefähren Maßstab hätten, fragten wir im gleichen Antrag auch nach der Höhe der Bezüge vor dem Kriege, denn wir hätten dann Vergleiche gezogen zwischen den damaligen und den jetzigen Bezügen und hätten dem gegenübergestellt, wie die Bürger unserer Gemeinde jetzt und wie sie vor dem Kriege lebten. Wir stellten dann in unserem Antrag Nr. 9 vom gleichen Datum die Forderung auf, daß Mehrfachverdiener an der Gemeinde auf ein Amt beschränkt werden sollten, damit die Beamten auf mehrere Bürger verteilt und diesen so Beschäftigung und Verdienst geschaffen werden könne. Wir forderten, daß die Bewerber um derart frei gewordene Stellen in erster Linie nach dem Grade ihrer Eignung, d. h. zum Wohle der Gemeinde, sodann nach sozialen Gesichtspunkten auszuwählen seien.

Wir haben am 2. 7. 31 Stellung genommen zu dem Vorschlag 1931. In dieser Stellungnahme, die schriftlich erfolgte, nahmen wir Anstoß an der Befolgung der Gemeindebeamten. Es heißt dort:

„Selbst wenn wir eine Mehrleistung an Arbeit gegenüber der Vorkriegszeit anerkennen müssen, halten wir die Gehälter der Gemeindebeamten für zu hoch und zwar deshalb, weil jeder der Beamten noch eine nicht unbedeutende Landwirtschaft betreibt, die meistens denselben Umfang hat, wie diejenigen der übrigen Bürger. Es müßte also die Frage aufgeworfen werden, ob die tatsächlich geleistete Mehrarbeit der Beamten dem Mehrerfordern entspricht. Ist dies der Fall, so verdienen sie ihre Gehälter solange zurecht, als das Wohl der Gemeinde dadurch nicht beeinträchtigt wird, d. h. solange keinerlei Umlage oder Steuer erhoben werden muß. Darum müssen wir von unserem Jahrzehntelang in der Verwaltung tätigen Bürgermeister verlangen, daß er uns rückhaltlos darüber Auskunft gibt, wie lange die Gemeinde nach seiner Ansicht noch vor andern Gemeinden den Vorzug haben wird, weder Umlage noch Bürger- oder Biersteuer oder dergl. erheben zu müssen.“

Auf Grund dieser Stellungnahme fragen wir an, ob die Beamten bereit sind, im Falle des Notwendigwerdens einer Gemeindeumlage, Bier- oder Bürgersteuer oder dergl. zuerst ihre Gehälter freiwillig so zu reduzieren, daß jede Art von Besteuerung möglichst lange vermieden wird.“

Diese Ausführungen wurden damals als Agitationsantrag angesehen und entsprechend behandelt. Man glaubte, die Nationalsozialisten seien Gespenster, man betonte, soweit hinaus könne man noch nicht vorausschauen. Heute nach 1 1/2 Jahren, nachdem der Bürgermeister auf Grund der Notverordnung gegen die Stimmen seiner sämtlichen Gemeindebevollmächtigten Bürger- und Biersteuer eingeführt hat,

heute, nachdem dazu auch noch Umlage bezahlt werden muß, sieht man, wie recht die Nationalsozialisten mit ihren Anträgen und Anfragen hatten, heute sieht wohl jeder ein, daß es sich damals nicht um Agitationsanträge handelte, sondern daß diese Anträge und Anfragen diktiert waren von der ersten Sorge um das Wohl unserer Gemeinde. Heute aber weiß auch jeder, daß die Gehälter der Herren Beamten nicht in dem Maße reduziert worden sind, wie wir uns das bei Einbringung unseres

Antrags vorgestellt hatten, heute könnte der Bürgermeister der große Mann sein in Grafenhäusen, wenn er auf uns gehört hätte.

An den Gemeinderat

Grafenhäusen	
Der Gemeinderat wolle beschließen: die Gehälter der Gemeindebeamten mit Wirkung vom 1. 10. 31 wie folgt herabzusetzen:	
Bürgermeister	3 103.54
von RM.	1800.—
Ratschreiber	2 884.60
auf RM.	1200.—
Gemeinderat	1 894.63
	1200.—
Baldhüter (Geb.wald) (freie Wohnung)	1 942.66
	600.—
Baldhüter (Niederwald)	1292.—
	1000.—
Polizei- und Gemeinbediener	1 867.60
	800.—
2 Feldhüter	
Farrenwärter (freie Wohnung) (10 Fg.)	1 814.16
	1000.—
Sprunggeld	300.—
	180.—
Schuldiener	1 451.22
	600.—
2 Wegwarte (je 300.—)	300.—
	180.—
6 Gemeinderäte (je 30.— RM.)	200.—
	—
Bürgermeisterstellvertreter	500.—
	—
Hauptbuchführung	18 231.88
	11 800.—
Er gibt eine Einsparung von	17 871.88 RM.

Dieser Antrag ist nach § 64 Abs. 2 der G.D. zu behandeln und dem Bürgerausschuß baldige Gelegenheit zur Aussprache zu geben.

Diesen Antrag schickten wir nicht nur auf das Rathaus, sondern auch auf das Bezirksamt Lahr, mit einem Brief, der die Unterschrift unserer beiden Gemeinderäte trug, und dem wir folgende Stelle entnahmen:

„Die Gehälter, die ein Großteil unserer Gemeindebeamten bezieht, gehen weit über das tragbare Maß der Gemeinde hinaus und stehen auch in gar keinem Verhältnis zu den Gehältern, die in andern teils gleich großen, teils noch größeren Gemeinden, wie Kappel, Nonnenweier, Jochenheim etc. bezahlt werden. Sowohl die Gemeindeordnung als auch die bad. Notverordnung vom 9. 10. 31 sieht im Gemeinderat die Anstellungsbehörde der Gemeindebeamten. Der Gemeinderat ist also berechtigt und nach der bad. Notverordnung direkt verpflichtet, alle Maßnahmen, die zur Erreichung und Erhaltung notwendig sind, durchzuführen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch die Durchführung der Gehaltsfürung. Wir werden deshalb durch den Bürgerausschuß folgenden Antrag einbringen lassen: Der Bürgermeister bezw. der Gemeinde-

Selbst dann noch war es Zeit, als wir im Januar 1932, unsern schon in der letzten Nummer des Grüfelhorn erwähnten Antrag einbrachten, den wir am 12. 1. 32 im Führer veröffentlichten, und dem wir zur Ergänzung unserer heutigen Ausführungen Folgendes entnehmen: „Unser Antrag lautete folgendermaßen:

rat wollen möglichst sofort eine Bürgerausschüttung einberufen und die Gehälter der Gemeindebeamten wie folgt festsetzen. (Siehe oben).
Durch diese gewiß nicht unsozialen Kürzungen würde eine Ersparnis von 7871.88 RM. erzielt.
Auf diese Art wäre es möglich, neue Steuerlasten zu vermeiden und dem Gemeindehaushalt auf gerechte Art und Weise auszugleichen.“
Mancher Leser wird sich nun fragen, warum wir eigentlich heute all diese alten Erinnerungen ausgraben?
Das tun wir deshalb, weil wir zeigen wollten, wie recht Nationalsozialisten mit unsern Anträgen hatten, wie sehr wir um das Wohl der Gemeinde besorgt waren und sind, wie sehr aber auch die andern an ihren bisherigen Bezügen hingen und heute noch festhalten, wie sehr wir und wie wenig die andern dem Grundlag huldigen:

Gemeinnutz vor Eigennutz!

Ein neuer Heiliger

Ettenheimmünster. Auch einer, der in dem letzten Jahre nichts dazu gelernt hat, ist der Herr Pfarrer Friedolin Göb von Ettenheimmünster. Pfarrer ist Herr Göb eigentlich nur im Nebenberuf, im Hauptberuf ist er Zentrumsmann und Naziführer. Das bilden wir Münsterländer uns wenigstens ein, wenn wir die Tätigkeit, die der Herr in letzter Zeit wieder entfaltet, betrachten. Fast kein Sonntag vergeht, an dem nicht von der Kanzel gegen die Nazis Politik äußerster Sorte getrieben wird. Wir hiesigen Nazis sind ja schon allerhand gewohnt und regen uns aus diesem Grunde auch nicht mehr besonders auf, wie der Herr Pfarrer schon verschiedentlich gemerkt haben dürfte.

Wenn wir uns heute trotzdem wieder einmal mit unserem Pfarrer befassen müssen, dann nur deshalb, weil er glaubte, uns an Weihnachten, dem Feste der Versöhnung und des Friedens eine Geschichte aufzulesen zu müssen, an die außer ihm wahrscheinlich schon längst niemand mehr dachte. Wir glauben ja gerne, daß dem Herrn Pfarrer die damalige klägliche Abfuhr des Zentrums, noch wie ein Stein im Magen liegt. Aber warum gerade an Weihnachten Magen und Kropf entleeren und statt Liebe Ihren Aerger von der Kanzel predigen?

Sie verglichen im Verlaufe Ihrer Predigt am 2. Weihnachtstages Ihren Zentrumsgenossen Pfarrer Burkhardt von Lahr mit dem heiligen Stefanus. Dieser Vergleich ist zum Lachen, wie Sie selbst gemerkt haben werden. Ja, Ihre besten Freunde lachten sogar mit. Andererseits ist es sehr traurig, einen solchen Vergleich überhaupt anzuführen. Dieser Herr Burkhardt, ein sehr rühriger Zentrumsgagator aus Lahr, hat nämlich in einer Zentrumerversammlung im April letzten Jahres die Unversöhnlichkeit bezeugt, über unseren Führer Adolf Hitler und seine Bewegung in widerlicher Art herzufallen. Da die Versammlung zu neun Zehntel aus Nazis bestand, war es kein Wunder, daß der Redner bei seinen Entgleisungen immer wieder gestört wurde. Und

wenn Herr Burkhardt zu guter Letzt den Saal nicht fluchtartig verlassen hätte, hätte er ganz bestimmt noch seine Prügel bezogen. Nur flunkert der Herr Pfarrer, wenn er jetzt von der Kanzel herunter verkündet, Burkhardt hätte deshalb beinahe Prügel bekommen, weil er die Wahrheit gesagt habe, sondern lediglich wegen seiner ungläublichen Heise gegen uns und unsern Führer. Daß wir Nationalsozialisten uns das weder früher, noch heute, noch in der Zukunft gefallen lassen, das soll sich auch der Herr Pfarrer merken. Wenn er die eilige Flucht vor den wohlverdienten Prügeln als Märtyrertum hinstellt und Burkhardt mit dem hl. Stefanus vergleicht, so ist das eine Geschmackslosigkeit sondergleichen. Es ist nur merkwürdig, daß dieser Märtyrer noch unter uns Irdischen herumläuft, denn diese Sorte von Heiligen fehlt doch ganz gewiß noch im Himmel.

Wir möchten dem Herrn Pfarrer den guten Rat geben, in Zukunft doch etwas vorsichtiger mit seinen Reden zu sein; denn Väterlichkeit tötet! Wir könnten noch manches bringen, z. B. die Bemerkungen über die Amnestierten (ja, wenn nur Zentrumslente amnestiert worden wären, wäre man wohl ruhig geblieben). Dann die Konfessionspredigt am Sonntag zuvor. Von den neuen Kirchensteuerzetteln wurde noch nichts erwähnt. Zum Zahlen sind da wohl auch die Nazis recht.

Wir möchten nun gerne hoffen, daß der Herr Pfarrer etwas aus der Geschichte gelernt hat und uns nicht zwingt, erneut gegen ihn vorzugehen.

Gespräche in der Eisenbahn

Wer eine Reise tut, der kann etwas erzählen. Dieses Sprichwort wird sich nie besser bewahrheiten als zur Zeit, wo sich in Deutschland fast alle Menschen mit Verstand, vom Schulkind bis zur greisen Tante, mit Politik befassen. Politisiert wird ja heute überall, in der Familie, auf

der Straße, im Wirtshaus, — auch in der Eisenbahn. So ist eine Bahnfahrt heute bei weitem nicht mehr so langweilig wie früher. Sogar zwei oder mehrere Personen in einem Wagenabteil, dann sprechen sie nicht mehr vom Wetter, von Kunst, von Literatur, sondern von den zur Zeit herrschenden Zuständen, Notständen, Mißständen, Ungerechtigkeiten usw., und schließlich sucht die Unterhaltung nach dem Grund, nach der Ursache, und das politische Gespräch beginnt.

Zwischen Weihnachten und Neujahr mußte ich auch eine Reise unternehmen, und wie üblich hatte ich dabei auch meine politischen Erlebnisse im Eisenbahnwagen. Da saß mir ein Herr gegenüber und stöberte lange in der alten „Frankfurterin“ herum.

Dem Aussehen nach war er aus dem jüdischen Stamme Tsai und, wie sich später herausstellte, aus Stuttgart. Unerwartet löste er seine Zunge und erzählte: „In Baden ist die wirtschaftliche Lage trostlos; bei uns in Württemberg ist es doch bedeutend besser. Sehen Sie, ich bin aus Lahr, wohne aber schon 20 Jahre in Stuttgart und besuche meine Heimatstadt jährlich 2-3 Tage. Die Industrie in Lahr liegt katastrophal am Boden — aber wer ist schuld? — Niemand als die Herren Fabrikanten, die den Zeitpunkt verpaßten, ihren Betrieb umzustellen oder an einen günstigeren Platz zu verlegen. Weil und Haberer haben auch in Stuttgart Geschäfte aufgemacht, zudem könne man in Stuttgart Häuser im Schätzungswert von 150-200 000 RM. für 20-30 000 RM. erwerben.“

„Halten Sie solche Zustände für richtig und gesund?“ war meine Frage. — „Jawohl!“, plägte er heranz, „ein Ausgleich muß einmal kommen.“ — „Für euch!“ war meine Antwort. — „Große Augen — die Unterhaltung war aus.“

Auf meiner Heimreise hatte ich wiederum ein Erlebnis. Gegenüber saß ein Jude und ein Deutscher, letzterer schwamm im Fahrwasser der Deutschnationalen oder Volkspartei, denn beifamlich erkennt ein geübtes Naziange die politische Gesinnung anderer Menschen sofort. In dem Wagenraum waren also ein Jude, ein Deutschnationaler oder Volksparteiler und ein Nationalsozialist. Der Jude zog das Berliner „8-Uhr-Abendblatt“ vom 29. Dezember hervor und las die vordere Seite unter dauerndem Kopfschütteln, so daß ich den Eindruck bekam, er habe einen Dales. Sein Nachbar wünschte das Blatt auch zu lesen, was ihm freundlich gestattet wurde. „Wie in Mexiko, wie bei den Wilden in Afrika geht es in Deutschland zu“, brachte er entrüstet hervor. „Dieser arme Mensch, diese arme Mutter, nein, so was — so was — nein.“

„Das gibt den Nationalsozialisten einen gewaltigen Stoß“, meckerte der andere und warteten erwartungsvoll auf meine Aeußerung. „Das ist noch lange nicht amtlich, was da steht, ich kenne die Absichten dieses schmalzigen Artikels. Was hätte dieses Blatt wohl geschrieben, wenn gestern 10 SA-Männer von Kommunisten ermordet worden wären? Kaum etwas; oder was schreibt das Blatt von den vielen Selbstmördern, die sich das Leben sicherlich nicht aus Vergnügen nehmen — nichts.“ Große Augen — die Unterhaltung war aus. Gerade ging der Schaffner vorbei. „De, Schaffner, könne Sie mir sagen, wann der Zug in Basel ankommt“, flüchelte der Jude noch heraus.

Ja, wer eine Reise tut, der kann etwas erzählen.

Lanzesüßkula am Branger

Aus Friesenheim erhalten wir beifolgendes Schreiben:

„In der mit „Was sagt Hitler dazu?“ überschriebenen Nachricht in Nr. 295 des Lahrer Anzeigers vom 21. Dezember 1932, wurde unter anderem auch ein evangelischer Pfarrer einer nicht genannten Gemeinde im badischen Lande verdächtigt, als ob er wegen einer jüdischen Beerdigung den Nachmittagsgottesdienst habe ausfallen lassen. Der evangelische Ortsgeistliche soll nach dem Lahrer Anzeiger am Sonntag morgen verkündigt haben:

„Der Nachmittagsgottesdienst fällt heute aus, damit alle Mitglieder der Gemeinde Gelegenheit haben, an der Beerdigung der Frau teilzunehmen.“

Das evangelische Pfarramt Friesenheim erklärt, daß wegen einer jüdischen Beerdigung ein Sonntagnachmittagsgottesdienst niemals ausgefallen ist. In der mit „Du sollst nicht lägen“ überschriebenen Erwiderung des Führers in Nr. 339 vom 30. Dezember ist eigentlich schon alles gesagt, was zu der Sache gesagt werden konnte. Ob Friesenheim in dem Artikel des Anzeigers gemeint ist oder nicht, die Methode, mit ungenannten Orten und Namen in der Berichterstattung zu operieren, um den Gegner verächtlich zu machen oder ihm etwas anzuhängen, kann nicht anders als hinterhältig und raffiniert bezeichnet werden.

Am schwarzen Brett

Am Sonntag, den 15. Januar, nachm. 1 Uhr findet im „Mappensaal“, Lahr eine

Kreisamtswallertagung

statt. Erscheinen sämtlicher Amtswalter einschließlich Blockwarte ist Pflicht. Dienstanzug. Rathausstr. Lahr

Freitag, 13. Jan., wichtige Fraktionsitzung.

Verantwortlich für „Grüfelhorn“
F r a n z Jun. Lahr